

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

15. Jahrgang

Berlin, den 18. Februar 1942

Nummer 2

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische
Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Die britisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und Japans Erfolge in Südostasien

Die großen Erfolge, die Japan im bisherigen Verlauf des ostasiatischen Krieges errungen hat, fügen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bekanntlich nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich schwere Schläge zu. Beide Mächte sehen sich durch den Wegfall der Ausfuhr von fast ganz Hinterindien und durch die wachsende Beeinträchtigung des Handels Niederländisch-Indiens und selbst Ozeaniens, ja z. T. sogar schon Britisch-Indiens, in der Versorgung mit einer ganzen Reihe wichtiger Rohstoffe vor Schwierigkeiten gestellt. Diese Schwierigkeiten sind um so schwerer zu überwinden, als noch vor zwei oder drei Monaten keines der beiden Länder ernsthaft damit gerechnet hatte, daß es von seiner Zufuhr an Gummi, Zinn, Wolframerz, Manilahanf und (im Falle der Vereinigten Staaten) auch pflanzlichen Ölen und Fetten so plötzlich ganz oder doch zu einem wesentlichen Teil abgeschnitten sein würde. Beide Länder erleiden ferner durch Japans Eroberungen beträchtliche Kapitalverluste, und sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien wird der Schiffsraummangel durch den Zwang, beim Einsatz der Tonnage auf den neuen Kriegsschauplatz mit all seinen Bedürfnissen und Gefahren Rücksicht zu nehmen, noch größer als bisher.

Trotz der Gemeinsamkeit dieser und ähnlicher Schwierigkeiten ist jedoch leicht zu erkennen, daß das japanische Vorgehen Großbritannien ungleich härter trifft als die Vereinigten Staaten, die auch hier die Dinge vielleicht nur deshalb auf die Spitze trieben, weil ihr unmittelbares Risiko bei weitem geringer war als das Großbritanniens. Für Großbritannien bedeutet Japans Vormarsch schon jetzt den Verlust einiger seiner wertvollsten Kolonien und darüber hinaus eine Bedrohung Indiens, Australiens und Neuseelands, also eines wesentlichen Teils des gesamten Empires; die

Einbuße, die die Vereinigten Staaten mit den Philippinen erleiden, läßt sich damit nicht entfernt vergleichen. Großbritannien kam ferner der Löwenanteil am Ausfuhrerlös für die großen Stapelgüter Südostasiens zugute, während die Vereinigten Staaten nur die Hauptbezieher dieser Produkte waren. Überhaupt waren Großbritanniens Kapitalinteressen in jenen Gebieten weit stärker als die der Vereinigten Staaten, ebenso wie seine dortigen Absatz- und Schiffahrtsinteressen die amerikanischen weit übertrafen. Großbritanniens Wirtschaft wird deshalb durch den ostasiatischen Krieg fast in jeder Hinsicht viel stärker berührt als die *U. S.-amerikanische*, deren Schwergewicht eben doch ganz in der kontinentalen Binnenwirtschaft ruht.

Außerdem aber ziehen für Großbritannien — und das macht seine Lage besonders trübe — die ostasiatischen Niederlagen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine weitere *Schwächung seiner Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten* nach sich. Infolge der dort erlittenen Verluste ist Großbritannien heute nämlich noch in viel höherem Maße als schon vor Ausbruch des Krieges mit Japan auf die wirtschaftliche Hilfe der Union angewiesen; vor allem aber hat ihm dieser Krieg schon jetzt wichtige Trümpfe geraubt, die es den Vereinigten Staaten gegenüber bisher noch in der Hand hatte.

Um dies zu belegen, ließe sich leicht eine ganze Reihe von Einzelheiten anführen. Drei Faktoren dürften in diesem Zusammenhang aber von besonderem Interesse sein: die Kapitalverluste, die Großbritannien durch den ostasiatischen Krieg erlitten hat oder noch erleiden könnte, die Wirkungen des Krieges auf seine Devisenbilanz und schließlich die Folgen des japanischen Vorgehens für die britischen „Rohstoffmonopole“.

Die ostasiatischen Kapitalinteressen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten

Großbritannien ist in den Gebieten, die durch den ostasiatischen Krieg nun zum Kampffeld bzw. Feindgebiet geworden sind oder zu werden drohen, kapitalmäßig sehr stark interessiert. Nach einer auf britischen Unterlagen fußenden Schätzung des U. S.-Schatzamt betragen seine langfristigen Kapitalanlagen bei Ausbruch des Krieges mit Deutschland in:

Japan	30 Mill. £
China	200 „ „
	230 Mill. £
den Philippinen	8 Mill. £
Niederl.-Indien	50 „ „
Britisch-Malaya	84 „ „
	142 Mill. £
Indien (anscheinend einschl.	
Birma)	550 Mill. £
Australien	503 „ „
Neuseeland	146 „ „
	649 Mill. £

Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß den Schätzungen durchweg Nominalwerte zugrunde liegen und bei vielen Wertpapieren der Kurs im Zeitpunkt der Erhebung erheblich unter pari bei andern freilich auch darüber, stand. Andererseits wieder ist bestritten worden, daß in der obigen Aufstellung die nicht in Effektenform befindlichen Kapitalanlagen, also die sogenannten direkten Kapitalbeteiligungen, privater Grundbesitz u. dgl., restlos erfaßt seien. Es ist also möglich, daß der Nominalbetrag der britischen Kapitalinteressen sogar noch etwas höher war als oben angegeben. Sehr groß könnte indes der Unterschied nicht sein, da die sogenannten direkten auswärtigen Kapitalanlagen Großbritanniens im Vergleich zu den Wertpapieranlagen im allgemeinen nur gering sind¹⁾.

Eine andere Frage ist jedoch, in welchem Umfang diesen britischen Kapitalansprüchen Forderungen der ostasiatischen Länder, also britische *Schulden*, gegenüberstehen. Diese Frage liegt um so näher, als Großbritannien seit Ausbruch des Krieges bekanntlich einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Auslandsanlagen für die Kriegsfinanzierung „verbraucht“ oder durch kurzfristige Verschuldung vorbelastet hat, und zwar z. T. auch gegenüber den hier in Betracht kommenden Ländern²⁾. So hat Indien im Jahre 1941 mit Hilfe der aus seinen Zahlungsbilanzüber-

schüssen seit Kriegsbeginn angesammelten kurzfristigen Sterlingguthaben in London rd. 80 Mill. £ indischer Sterlinganleihen aus britischem Besitz repatriert, und trotzdem waren Mitte Dezember 1941 seine Sterlingguthaben mit rd. 210 Mill. £ noch um gut 160 Mill. £ höher als bei Ausbruch des neuen Weltkrieges³⁾. Britisch-Malaya und Niederländisch-Indien dürften in der gleichen Zeit zusammen mindestens 50 Mill. £ in London angesammelt haben, Australien und Neuseeland zusammen ebenfalls etwa 50 bis 70 Mill. £. Die übrigen Länder des ostasiatischen Raumes, vor allem also Japan und China, haben dagegen ihre flüssigen Mittel in Großbritannien seit Kriegsbeginn wahrscheinlich eher verringert als erhöht. Natürlich besitzen daneben alle Länder dieses Raumes noch gewisse langfristige Anlagen in Großbritannien, die von der britischen Regierung eventuell zum Ausgleich britischer Kapitalverluste beschlagnahmt werden können. Im Vergleich zu britischen Besitz sind diese Anlagen jedoch in der Regel gering⁴⁾, da von einem systematischen Einströmen der Kapitalkraft dieser Gebiete in den britischen Kapitalmarkt bisher noch keine Rede sein konnte. Bei den betreffenden Anlagen handelt es sich vielmehr meistens nur um Bankfilialen und andere direkte Investitionen, deren Aufgabe es war, den Handel zwischen Großbritannien und den betreffenden Ländern zu fördern.

Sind also, abgesehen vielleicht von Indien, die Gegenforderungen der ostasiatischen und ozeanischen Länder an Großbritannien im ganzen nicht sehr bedeutend, so ist aber auch noch zu berücksichtigen, daß der britische Auslandsbesitz in jenen Gebieten meist weit wertvoller ist als die relativ geringen Auslandsverpflichtungen, durch deren Annullierung Großbritannien sich, rein rechnerisch betrachtet, zum Teil schadlos halten könnte. Zunächst sind jene beiden Posten in ihrer Wirkung auf die britische Zinsbilanz überhaupt nicht zu vergleichen, denn die Kapitalanlagen in Ost- und Südostasien sowie Ozeanien gehören teilweise zum ergiebigsten Kapitalbesitz Großbritanniens, während die überwiegend kurzfristigen Verpflichtungen gegenüber jenen Ländern nur niedrig oder gar nicht verzinst werden. Vor allem aber steckt hinter den betreffenden britischen Auslandsanlagen vielfach eine weit größere Macht, als im Kapitalbetrag zum Ausdruck kommt. Ein großer Teil dieser Auslandsanlagen ist nämlich nicht nur Rentnerkapital, sondern Finanzkapital, d. h. die betreffenden Anlagen sind so investiert, daß mit ihnen ganze Unternehmungen und selbst Wirtschaftszweige beherrscht werden, auch wenn sie an sich nur einen Bruchteil des dort überhaupt investierten Kapitals ausmachen. So war z. B. die malayische Gummi-

¹⁾ Sir Robert Kindersley bezifferte z. B. in seinen bekannten Schätzungen der britischen Auslandsanlagen die Höhe der „direct investments“ für Ende 1938 nur auf 400 Mill. £, während er den Wertpapierbesitz auf 3,3 Mrd. £ veranschlagte.

²⁾ Vgl. hierzu Wolf, E.: Der Verfall der britischen Finanzmacht. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. 16. Jg. 1941/42, Heft 1/2, S. 18 ff. Die Entschuldung bzw. Sterlingguthaben-Ansammlung der überseeischen Sterlingblockländer war sogar noch stärker als dort geschätzt. Neuere Material ergibt nämlich, daß hierfür, soweit die Empiregebiete außer Kanada in Frage kommen, für die Zeit von Kriegsbeginn bis Ende 1941 gut 500 Mill. £ (und nicht nur 375 Mill. £) angenommen werden können.

³⁾ Insgesamt betrug der Wert der damals mit Hilfe der britischen Regierung eingezeichneten indischen Sterlinganleihen sogar 90 Mill. £. Etwa 10 Mill. £ hiervon sollen sich jedoch bereits in indischen Händen befunden haben.

⁴⁾ Eine Ausnahme bildet vielleicht Japan, das in Großbritannien Anlagen von insgesamt fast 20 Mill. £ (gegen 30 Mill. £ britischer Anlagen in Japan) besitzt.

und Zinnwirtschaft eine ziemlich unbestrittene britische Domäne, obwohl in ihr neben britischem Kapital in wahrscheinlich noch größerem Umfange einheimisches, chinesisches und anderes Auslandskapital arbeitete. Dieser Einfluß kann natürlich niemals durch die Beschlagnahme ausländischer Gegenforderungen ersetzt werden, die gewöhnlich aus einfachen Bankeinlagen oder Schatzwechselbesitz bestehen. Hierdurch läßt sich allenfalls für den Verlust an Vermögenssubstanz eine geringe Kompensation schaffen, aber nie für die wirtschaftliche Macht, die mit der ursprünglichen Anlage verknüpft war.

Um zu ermesen, was für die Finanzmacht Großbritanniens in den Ländern Ost- und Südostasiens sowie Ozeaniens auf dem Spiel steht, kann man sich also ruhig an den Bruttobestand seiner dortigen Anlagen halten. Das wären also in Japan und China 230 Mill. £, in Südostasien (außer Britisch-Indien und Birma) etwa 150 Mill. £, in Indien und Birma (nach Abzug der bis Ende 1941 repatriierten 90 Mill. £ Sterlinganleihen) 460 Mill. £ und in Ozeanien an 650 Mill. £. Hiervon sind nun schon jetzt zumindest die Anlagen in Japan und China sowie in Südostasien verloren oder doch von Japan direkt oder indirekt blockiert, zusammen also mindestens 380 Mill. £. Gemessen an der ursprünglichen Höhe der gesamten britischen Auslandsanlagen, die bei Ausbruch des europäischen Krieges 4,5 Mrd. £ betragen haben dürften, stellen sich die bisher in Ostasien eingetretenen Verluste mithin bereits auf 8 v.H., während weitere 25 v.H. (oder etwa 1,1 bis 1,2 Mrd. £) durch die drohende Ausdehnung des Krieges auf Indien und Ozeanien in Gefahr schweben.

Demgegenüber laufen die *Vereinigten Staaten* in den erwähnten Gebieten kapitalmäßig ein wesentlich geringeres Risiko. Für ganz Asien wurden die U. S.-amerikanischen Kapitalanlagen nach dem Stand von Ende 1939 vom U. S.-Department of Commerce auf 789 Mill. \$ (nach dem gegenwärtigen Kurs knapp 200 Mill. £) geschätzt, für Ozeanien auf 232 Mill. \$ (knapp 60 Mill. £).

Nach Anlagearten setzten sie sich in folgender Weise zusammen (in Mill. \$):

Erdteil	Langfristige Anlagen		Kurzfristige Anlagen	Gesamt
	Wert-papiere	Direkte Investitionen		
Asien	170	420	199	789
Ozeanien ..	99	123	10	232

Zusammengenommen waren das mit gut 1 Mrd. \$ nur etwa 9 v.H. der gesamten U. S.-amerikanischen Auslandsanlagen (die Ende 1939 auf 11,4 Mrd. \$ beziffert wurden), während Großbritannien zur gleichen Zeit allein in Ostasien, Indien und Ozeanien, also ohne Vorderasien (wo ungefähr weitere 100 Mill. £ ausgestanden haben dürften), fast 1,6 Mrd. £ (d. s. nach dem heutigen Kurs rd. 6,4 Mrd. \$) oder gut ein Drittel seiner

damaligen gesamten Auslandsanlagen investiert hatte.

Eine nach einzelnen Ländern detaillierte Aufgliederung der U. S.-amerikanischen Kapitalinteressen in Asien steht leider nicht zur Verfügung. Mitte 1941 wurde jedoch anlässlich der Sperrung der japanischen Guthaben in den Vereinigten Staaten allein der auf Japan entfallende Betrag vom Department of Commerce mit 217 Mill. \$ (davon 105 Mill. \$ in Wertpapieren, 45 Mill. \$ in anderen langfristigen Anlagen und 67 Mill. \$ in kurzfristigen Guthaben) angegeben. Weitere 200 bis 250 Mill. \$ dürften auf Investitionen in den Philippinen und etwa 150 Mill. \$ auf China entfallen sein. Man wird also kaum fehlgehen, wenn man die Kapitalinteressen der Vereinigten Staaten im großostasiatischen Raum und in Indien auf höchstens 700 Mill. \$ oder 175 Mill. £ veranschlagt. Davon ist nun zwar bereits der bei weitem größte Teil durch die Kriegereignisse blockiert worden oder gar (z. T. auch durch physische Zerstörungen) verloren gegangen. Aber dieser Verlust ist doch erheblich geringer als der Großbritanniens (das, wie gesagt, bisher mindestens 380 Mill. £ eingebüßt hat), und vor allem geht aus den obigen Ziffern hervor, daß sich das U. S.-amerikanische Kapitalrisiko für den Fall eines Übergreifens des Krieges auf Indien und Ozeanien mit dem Großbritannien nicht entfernt vergleichen läßt.

Die Wirkungen auf Großbritanniens Devisenbilanz

Im Hinblick auf seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ist für Großbritannien der Verlust Südasiens aber auch deshalb besonders schmerzlich, weil die Unterbindung der malayischen Gummi- und Zinnausfuhr eine seiner wichtigsten ständigen Dollardevisen-Quellen verstopft. Für das Jahr 1941 war z. B. der gesamte, Großbritannien zur Verfügung stehende Anfall an Dollardevisen auf 1295 Mill. \$ veranschlagt

Die Bedeutung Britisch-Malayas für die Devisenbilanz Großbritanniens in Mill. \$

Zeit	Einfuhrüberschuß der Ver. Staaten im Verkehr mit Britisch-Malaya	Großbritanniens Eingang an Dollardevisen ¹⁾	
		gesamt	aus der Ausfuhr der überseeisch-Sterling blockgebiete ²⁾
September 1939/ Dezember 1940	254,5	1910	640
1941	³⁾ 350	⁴⁾ 1295	⁴⁾ 560
September 1941/ Febru r 1942..	.	⁴⁾ 885	⁴⁾ 310

¹⁾ Nach offiziellen britisch-amerikanischen Angaben. — ²⁾ Ohne Goldausfuhr. — ³⁾ Geschätzt auf Grund der Entwicklung in den ersten 8 Monaten des Jahres. — ⁴⁾ Voranschlag.

worden¹⁾. Wenn diese Ziffer erreicht worden ist, so dürften davon mindestens 300 Mill. \$, also fast 25 v.H., auf den Ausfuhrüberschuß entfallen sein, den Britisch-Malaya gegenüber den Vereinigten Staaten erzielte. Dabei war die Bedeutung dieses Postens ständig im Wachsen, denn die

¹⁾ Vgl. Wolf, E.: A. a. O., S. 10.

malayische Gummi- und Zinnausfuhr nach den Vereinigten Staaten nahm nicht nur fast ununterbrochen zu, sondern fiel in der britischen Devisenbilanz auch um so stärker ins Gewicht, als die Ausfuhrkraft des Mutterlandes mehr und mehr erlahmte und die Vereinigten Staaten ihre Einfuhr aus anderen Teilen des Empires mit Rücksicht auf den Schiffsraummangel allmählich beschränkten.

Da England seine Einfuhr aus der nordamerikanischen Union heute größtenteils über Pacht-Leihkonto bezieht, könnte es nun freilich scheinen, als habe das Loch, das mit dem Wegfall des malayischen Gummi- und Zinnexports in der Devisenbilanz Großbritanniens entsteht, wenig oder gar nichts zu besagen, zumal die Vereinigten Staaten selbst neuerdings eine beträchtliche Erweiterung des Pacht-Leih-Gesetzes vorschlagen. Ganz so liegen die Dinge jedoch nicht.

Entgegen einer weit verbreiteten Annahme hat nämlich Großbritannien auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden Bedarf an Dollardevisen. Einmal muß es einen Teil seiner Einfuhr aus Südamerika vorläufig noch immer in Dollarwährung bezahlen, da seine eigene Ausfuhr und die Zinsverpflichtungen Südamerikas zum Ausgleich der Zahlungsbilanz längst nicht mehr ausreichen und die südamerikanischen Lieferanten offenbar nicht bereit und in der Lage sind, den Aktivsaldo ihres laufenden Zahlungsverkehrs mit Großbritannien in voller Höhe als Sterlingguthaben in London stehenzulassen oder zur Schuldentilgung zu verwenden. Für 1941 waren deshalb nach der ursprünglichen offiziellen Schätzung des britischen Dollarbedarfs für Zahlungen an Südamerika (und gewisse andere Länder) 247 Mill. \$ angesetzt, für das Halbjahr September 1941 bis Februar 1942 noch 60 Mill. \$¹⁾. Der Zahlungsbedarf für diese Zwecke könnte sogar erneut wachsen, wenn Großbritannien auch noch von Australien und Neuseeland abgeschnitten würde und infolgedessen mehr Fleisch aus Südamerika beziehen müßte. Aber auch an die Vereinigten Staaten selbst hat Großbritannien noch heute beträchtliche Barzahlungen zu leisten. Zunächst sind noch immer einige vor Inkrafttreten des Pacht-Leih-Gesetzes abgeschlossene Lieferkontrakte abzuwickeln, d. h. also, soweit sie nicht nachträglich auf Pacht-Leih-Konto übernommen worden sind (was nur bei einem kleinen Teil der Fall gewesen zu sein scheint), in bar zu bezahlen. Ferner ist das Pacht-Leih-Gesetz auch heute noch nicht auf alle Waren, die an England geliefert werden, anwendbar; in gewissem Umfang muß die britische Einfuhr aus den Vereinigten Staaten also weiter bar beglichen werden. Schließlich wird vom Pacht-Leih-Bezug selbst in Fällen, in denen er an sich möglich wäre, nicht durchweg Gebrauch gemacht, da das Verfahren selbst nach mehrfachen Vereinfachungen noch so langwierig sein soll, daß die britische

Regierung bei besonderer Dringlichkeit der Einfuhr den Barkauf vorzieht. Im offiziellen britisch-amerikanischen Voranschlag für die Zeit von September 1941 bis Februar 1942 wurde daher der Dollarbedarf Großbritanniens für seine eigenen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten noch mit 695 Mill. \$ eingesetzt. Weitere 280 Mill. \$ wurden für die Zahlungsverpflichtungen der überseeischen Sterlingblockländer als erforderlich angenommen, und endlich schwebten bereits am 1. September 1941 Barkontrakte in Höhe von 430 Mill. \$ zu Lasten Großbritanniens, die kurz nach dem 28. Februar 1942 zu begleichen sein werden.

Die Lahmlegung der malayischen Gummi- und Zinnausfuhr nach Amerika ist deshalb für Großbritannien nicht nur vom Standpunkt seiner Rohstoffversorgung und seiner Kapitalinteressen aus, sondern auch devisenpolitisch ein empfindlicher Schlag. Großbritannien muß ihn um so schwerer empfinden, als seine Dollarreserven ohnehin bereits bedenklich zur Neige gehen. Am 1. September 1941 hatte Großbritannien in den Vereinigten Staaten schätzungsweise höchstens noch 935 Mill. \$ als einsatzfähige Reserve verfügbar¹⁾. Davon sollten nach dem im vergangenen September aufgestellten Voranschlag bis Ende Februar 1942 150 Mill. \$ verbraucht werden. Wenn sonst die Entwicklung ungefähr dem Voranschlag entspricht, wird aber bereits in diesem Zeitraum der Passivsaldo voraussichtlich größer sein, da auf der Aktivseite der laufenden Devisenbilanz sich wahrscheinlich schon ab Januar d. J. der Rückgang der malayischen Gummi- und Zinnverschieffungen geltend machen wird. Ebenso werden sich in den folgenden Monaten, in denen die Ausfuhr der britischen Besitzungen in Südostasien völlig zum Erliegen kommen wird, stärkere Rückgriffe auf den noch verbliebenen Rest der britischen Dollarreserven kaum vermeiden lassen, wenn es Großbritannien nicht gelingt, seine eigenen Dollarverpflichtungen und die der übrigen Sterlingblockländer wesentlich zu beschränken. Bei der nur geringen Höhe der britischen Dollarguthaben würde das Empire damit in beschleunigtem Tempo einer neuen Zahlungskrise entgegengehen.

Die Perspektiven, die sich hieraus für Großbritannien ergeben, sind überaus düster. Je klarer

¹⁾ Vgl. hierzu Wolf, E.: A. a. O., S. 16. Die seit jener Veröffentlichung ergänzende offizielle U.S.-amerikanische Schätzung bezifferte die einsatzfähigen Reserven sogar nur mit 697 Mill. \$. Die Differenz beruht darauf, daß die amerikanische Schätzung einerseits zwar die britische Goldreserve im Gegensatz zu früheren Angaben nun als voll einsatzfähig (also mit 151 Mill. \$ statt mit 100 Mill. \$) ansah und auf die Berücksichtigung eines Realisierungsverlustes für die noch verbliebenen langfristigen Anlagen verzichtete, andererseits aber annahm, daß die privaten kurzfristigen Dollarguthaben in voller Höhe (also mit 310 statt mit nur 150 Mill. \$) als Betriebskapital für den laufenden Zahlungsverkehr benötigt würden und 290 Mill. \$ der verbliebenen „direct and miscellaneous investments“ für die britische Regierung ohne einen entsprechenden U.S.-amerikanischen Rechtsakt vorläufig nicht greifbar seien, weil sie unter U.S.A.-Recht begründete Trustfonds darstellten. Durch ein entsprechendes U.S.A.-Gesetz wäre aber diese Zugriffsmöglichkeit sofort zu schaffen.

¹⁾ A. a. O., S. 10.

es neue Zahlungsschwierigkeiten ins Auge fassen muß, um so stärker wird für Großbritannien zunächst die Versuchung, sich eine Ausdehnung der U.S.-amerikanischen Finanzhilfe zu erkaufen. Tatsächlich sind diesbezügliche Verhandlungen bereits seit Monaten im Gange. Noch vor kurzem hieß es, daß sie nichts weniger als die Schaffung einer „gemeinsamen Währung“ zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien und die „Beseitigung aller Handelsschranken zwischen den Anti-Achsen-Mächten“ zum Gegenstand hätten. Diese phantastische Meldung wurde freilich bald vom britischen Botschafter in Washington dementiert. Andere Gerüchte besagten dann, es sei eine „Pooling der finanziellen Reserven“ der beiden Mächte beabsichtigt, was britische Optimisten vielleicht zu der Hoffnung verleitete, daß Großbritannien in Kürze wieder an den reichen Goldreserven der Vereinigten Staaten teilhaben würde, die ja zum großen Teil aus ehemals britischem Besitz stammen.

Den wirklichen Kern der Debatte scheint aber erst ein Ende Januar in der britischen Presse erschienenes Communiqué anzudeuten, das als Hauptgegenstand der Washingtoner Verhandlungen die „Pooling“ der britischen und amerikanischen Einfuhr bei gleichzeitiger Aufhebung der gegenseitigen Barzahlungen bezeichnete: Die Vereinigten Staaten sollen danach die Bezahlung (und offenbar auch die Beschaffung) für alles, was Großbritannien aus „Dollar-Ländern“ bezieht, übernehmen, während umgekehrt Großbritannien für alles, was die Vereinigten Staaten aus dem Empire bzw. Sterlingblock benötigen, aufkommen solle. Zu den „Dollar-Ländern“ im Sinne dieser Abmachung sollen dabei praktisch alle nicht zum Empire oder zum Sterlingblock gehörenden Länder gerechnet werden.

Dieser Plan sieht natürlich ganz anders aus als die ursprünglichen Presseverlautbarungen. Auch er kommt Großbritannien zwar insofern entgegen (um welchen Preis ist freilich noch eine Frage), als er es der Sorge der Dollarbeschaffung für Einfuhrzwecke anscheinend völlig enthebt. Aber wenn die britische Presse in ihm z. T. weiter eine „Pooling der finanziellen Reserven der beiden alliierten Mächte“ oder eine Ablösung des Pacht-Leih-Verfahrens sieht, das durch den Kriegeintritt der Vereinigten Staaten ein „Anachronismus“ geworden sei, so ist dabei offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens. Mit keinem Wort ist in den bisherigen Verlautbarungen davon die Rede, daß über die gegenseitigen Lieferungen Großbritanniens und den Vereinigten Staaten nicht auch weiterhin genau Buch geführt werden wird, und noch weniger davon, daß der doch wahrscheinlich zu erwartende Lieferungssaldo zugunsten der Vereinigten Staaten Großbritannien nicht auch künftig als Schuld angeschrieben werden soll. Noch am 30. Januar 1942, zwei Tage nach der Veröffentlichung des obenerwähnten Communiqués, klagten jedenfalls

die „Financial News“, daß die Vereinigten Staaten „anscheinend noch weit davon entfernt seien, den Grundsatz anzunehmen, daß für die gegenseitigen Dienste der Alliierten kein finanzielles Kriterium möglich sei, da auch der Krieg gegen die Achse einheitlich und unteilbar sei und der Sieg von jedem Teilnehmer die höchstmögliche Anstrengung erfordere“. Gegenüber dem bisherigen Zustand würde sich also im wesentlichen nur ändern, daß die Vereinigten Staaten nun auch die Bezüge Großbritanniens aus dritten (nicht zum Sterlingblock oder Empire gehörenden) Ländern finanzieren und gleichzeitig eine Art Liefermonopol für diese Einfuhr erhalten, ebenso wie Großbritannien in jeder Hinsicht ein monopolartiger Mittler für den Warenverkehr zwischen dem Sterlingblock und den Vereinigten Staaten werden würde, was es aber zumindest devisenmäßig schon bisher in weitestem Umfang war. Im Grunde scheint also der „neue“ Plan in seinen finanziellen Auswirkungen für Großbritannien nur auf eine Ausdehnung der Pacht-Leih-Lieferungen auch auf seine nicht-U. S.-amerikanische Einfuhr hinauszulaufen, wie sie anscheinend schon im November und Dezember vorigen Jahres mehrfach debattiert wurde. Auch damals berichtete jedenfalls die britische und amerikanische Finanzpresse von einem Plan, nach dem die Vereinigten Staaten nicht nur ihre eigene Ausfuhr nach England, sondern auch dessen Einfuhr aus dritten Ländern finanzieren sollten, indem sie die von Großbritannien benötigten Waren zunächst einmal vorerwürben und dann über Pacht-Leih-Konto an England weiterlieferten¹⁾.

Eine derartige Ausdehnung der Pacht-Leih-Lieferungen könnte nun an sich zwar als durchaus im britischen Interesse liegend erscheinen, aber bei näherer Betrachtung der neuen Hilfspläne und gewisser Forderungen, die anscheinend mit ihnen verbunden sind, zeigt sich doch bald, daß es den Vereinigten Staaten hierbei nicht allein um einen Akt der Solidarität geht, sondern daß sich ihnen damit zugleich die Gelegenheit zu einer weiteren Stärkung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung bietet.

Zunächst ist klar, daß, solange für die amerikanischen Lieferungen das Pacht-Leih-Prinzip aufrechterhalten wird, Großbritannien sich den Vereinigten Staaten gegenüber immer mehr verschuldet. Wie stets im Auge behalten werden muß, betrachten ja die Vereinigten Staaten ihre Lieferungen an Großbritannien vorläufig keineswegs als einen „Beitrag zur gemeinsamen Kriegführung“; Roosevelt hat vielmehr in seiner Kongreßbotschaft über die lend-lease-bill wörtlich erklärt, daß die Vereinigten Staaten „für alles, was sie hinaus-schickten, innerhalb einer angemessenen Frist nach Beendigung des Krieges mit ähnlichen Materialien oder nach Wunsch der Vereinigten Staaten, mit anderen Gütern bezahlt werden würden“, —

¹⁾ Vgl.: Wall Street Journal, v. 11. Novbr. 1941, und: Financia News, v. 13. Dezbr. 1941.

ein Standpunkt, von dem man, wie erwähnt, bis heute noch nicht abgegangen ist. Welches Schuldkonto auf diese Weise für Großbritannien entsteht, mag daran ermessen werden, daß Großbritannien in den 8 Monaten von Inkrafttreten des Gesetzes bis Ende November 1941 bereits mit Verpflichtungen in Höhe von rd. 1 Mrd. \$ oder 250 Mill. £ belastet wurde¹⁾.

Abgesehen hiervon würde die Verwirklichung der neuen Hilfspläne aber auch bedeuten, daß Großbritannien in seinem Handel mit den nicht zum Sterlingblock gehörenden Ländern, also vor allem mit Iberoamerika, jegliche Selbstständigkeit verliert und die Vereinigten Staaten eine ziemlich weitgehende Kontrolle auch über die Einfuhr ihres wichtigsten Konkurrenten erhalten, nachdem sie sich diese für die Ausfuhr schon im Winant-Eden-Abkommen vom September 1941 gesichert haben²⁾. Wahrscheinlich würde Washington fortan ziemlich souverän bestimmen, was Großbritannien aus Nicht-Sterlingländern überhaupt noch einführen darf und wieviel ihm dafür zu liefern gestattet ist. Ebenso hätte dieser Plan für die übrige Welt, namentlich für Iberoamerika, einschneidende Wirkungen. Die wichtigste bestände darin, daß er fast den gesamten Außenhandel der nicht-britischen Länder zu einem Monopol der Vereinigten Staaten machen würde, da neben den Vereinigten Staaten Großbritannien und das Empire heute fast noch die einzigen bedeutenderen Kunden jener Länder sind. Würde der Plan durchgeführt, so würden die Vereinigten Staaten also auf einem Umwege doch noch das seinerzeit viel erörterte Kartellprojekt für den „gemeinsamen Absatz der Ausfuhrüberschüsse der westlichen Hemisphäre“ verwirklichen, mit dem sie anlässlich der Panamerikanischen Konferenz zu Havanna im Juli 1940 hervortraten, bei den ibero-amerikanischen Staaten jedoch begreiflicherweise keine Gegenliebe fanden.

Aber nicht genug damit: Aus den Pressemeldungen, die im November und Dezember vorigen Jahres über die erste Fassung des neuen Planes veröffentlicht wurden, geht hervor, daß die Vereinigten Staaten bei dieser Gelegenheit wiederum eine Reihe von alten Gegenforderungen an Großbritannien durchzusetzen suchen, deren offene Erfüllung für jede britische Regierung nur

¹⁾ Die bereits erfolgten Pacht-Leih-Lieferungen an alle empfangsberechtigten Länder betragen bis 30. November 1,2 Mrd. \$ (einschl. 8 Hilfsreparaturen in U.S.A.-Werften usw.). Von den bis damals bewilligten Mitteln in Höhe von insgesamt 13 Mrd. \$ waren gleichzeitig 9,2 Mrd. \$ bereits zugestellt und für 5,2 Mrd. \$ Lieferungen in Auftrag gegeben. Großbritannien war hieran zweifellos der Hauptanteil zugedacht.

²⁾ Großbritannien verpflichtet sich in diesem Abkommen, Waren, die es von den Vereinigten Staaten auf dem Pacht-Leih-Wege oder auch durch Kauf erworben hat, grundsätzlich nicht zu reexportieren, wenn sie in den Vereinigten Staaten selbst knapp sind. Ausnahmen sind lediglich für den Kriegsbedarf von Alliierten (sofern sich diese nicht in den Vereinigten Staaten selbst eindecken können) und für Ersatzteil-Lieferungen vorgesehen. Pacht-Leih-Waren, die in den Vereinigten Staaten nicht knapp sind, darf Großbritannien andererseits höchstens im Umfang der eigenen Produktion ausführen. Unter keinen Umständen aber dürfen Pacht-Leih-Waren zur Erschließung neuer Märkte verwendet werden.

schwer tragbar wäre. So ist anscheinend beabsichtigt, die vorgeschlagene „Poolung der britisch-amerikanischen Einkäufe“ davon abhängig zu machen, daß Großbritannien seinen wertvollen Besitz an süd-amerikanischen Eisenbahnbeteiligungen (den die Dollarimperialisten schon immer mit neidischen Blicken ansahen) an die Vereinigten Staaten gegen die neuen Pacht-Leih-Lieferungen verpfändet. Ebenso soll in diesem Zusammenhang erneut der Wunsch nach „Gleichschaltung“ der britischen Handelspolitik, d. h. also nach Preisgabe ihrer bescheidenen Ansätze zum Bilateralismus, erhoben worden sein, obwohl schon heute feststeht, daß Großbritannien selbst im Falle eines Sieges sich aus Zahlungsbilanzgründen noch viel stärker dem Bilateralismus würde zuwenden müssen. Und schließlich war auch in diesem Zusammenhang von einer Teilung der überragenden Stellung Großbritanniens in einigen Zweigen der Rohstoffproduktion (vor allem bei Gummi, Zinn und Nickel) mit den Vereinigten Staaten die Rede. Was das Letztere anbelangt, so ist es, wie im folgenden noch erörtert werden wird, freilich zweifelhaft, ob dieser Forderung nach den grundlegenden Veränderungen, die Japans Vorgehen in Großbritanniens Rohstoffdomänen inzwischen bewirkt hat, heute noch großes Gewicht beizumessen ist.

Doch selbst wenn der neue Pacht-Leih-Plan oder eine ähnliche Regelung vorerst nicht zustandekommen sollte, wird Großbritannien nach seiner Schlappe in Südostasien auf längere Sicht noch schwerer als sonst um die Überantwortung eines gewissen Teils seiner Kapitalanlagen in dritten Ländern an die Vereinigten Staaten herkommen. Je mehr nämlich seine Guthaben in den Vereinigten Staaten zusammenschrumpfen, während auf der anderen Seite seine Hilfsbedürftigkeit wächst, um so näher rückt die Gefahr, daß es sich die benötigten Dollardevisen von den Vereinigten Staaten durch Verpfändung oder Veräußerung anderer Auslandsanlagen beschaffen muß. Hierfür kämen, da die ostasiatischen Werte unter den gegenwärtigen Umständen wohl ausreichen, im wesentlichen nur afrikanische Bergwerksaktien (Gold- und Kupfer-Werte) und vor allem natürlich die bereits erwähnten südamerikanischen Eisenbahnbeteiligungen in Betracht. Mit den ersteren würde Großbritannien den Vereinigten Staaten den Zugang zu wichtigen Schlüsselindustrien von Empireteilen eröffnen, in denen der amerikanische Einfluß bisher noch keine große Rolle spielte, mit den letzteren würde es eine seiner wichtigsten wirtschaftlichen Machtstellungen in Südamerika und vor allem eine wesentliche Grundlage seines Außenhandels mit jenem Kontinent preisgeben. Wie Großbritannien nämlich ohne die beträchtlichen Zinseinnahmen aus Südamerika seine Einfuhr von dort auch nur einigermaßen aufrechterhalten könnte, ist schlechterdings unerfindlich. Überhaupt wird sich die überseeische Welt darauf gefaßt machen müssen, daß mit dem rapiden Verfall der internationalen

Gläubigerstellung Großbritanniens dessen devisenmäßige Einfuhrkraft so stark geschwächt wird, daß sich ein großer Teil der überseeischen Rohstoffausfuhr völlig neue Absatzwege wird suchen müssen. Um so tragischer ist es, daß die betreffenden Länder anscheinend nicht merken, wie verhängnisvoll es für sie ist, daß das britische Erbe zum großen Teil an die Vereinigten Staaten übergeht. Denn die Vereinigten Staaten haben schon einmal bewiesen, daß ihre eigenen Absatzinteressen sie daran hindern, jene objektive und subjektive „Bereitschaft zum Bezahltwerden“ an den Tag zu legen, ohne die der Welthandel durch die Existenz internationaler Schuldverpflichtungen nur gestört wird.

Gebrochene Rohstoffmonopole

Endlich bringen die militärischen Erfolge Japans Großbritannien aber auch um eine Machtstellung, die es den Vereinigten Staaten gegenüber bisher mit dem „Gummi- und Zinn-Monopol“ innehatte. Es ist bekannt, daß die sogenannten „britischen Rohstoffmonopole“ schon mehrfach den Gegenstand lebhafter Erörterungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten bildeten, da nicht unbedeutende amerikanische

Wirtschaftskreise die Hilfsbedürftigkeit Großbritanniens gern dazu benutzt hätten, um dessen überragende Stellung in der Erzeugung einzelner Rohstoffe zu brechen. Ihr Augenmerk richtete sich dabei naturgemäß in erster Linie auf Gummi; und Zinn, weil beide Produkte für die Vereinigten Staaten wirtschaftlich und strategisch von größter Bedeutung sind und Großbritannien hier, ebenso wie bei Nickel, in der Tat nahezu ein Produktionsmonopol besaß, von dem Gebrauch zu machen es sich bei Gelegenheit nie scheute. Einige Ziffern mögen diese Verhältnisse veranschaulichen: Die Vereinigten Staaten waren 1937 am Weltverbrauch von Gummi mit mehr als 50 v.H. beteiligt; der nächstwichtigste Verbraucher, Großbritannien, folgte mit rd. 10 v.H. erst in weitem Abstand. Dabei waren die Vereinigten Staaten in ihrer Gummiversorgung, wenn man vom Regeneratgummi absieht, gänzlich auf Einfuhr angewiesen, für die noch dazu nur fernab von der „westlichen Hemisphäre“ gelegene Lieferländer in Frage kamen; die südamerikanische Gummiproduktion lieferte 1937 nämlich erst 1,5 v.H. der Weltproduktion und einen nur wenig höheren Teil der U. S.-amerikanischen Einfuhr. Jedenfalls kam damals die Gummieinfuhr der Vereinigten Staaten zu 23,4 v.H. aus Niederländisch-Indien und zu

Die Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens am Markt von Rohgummi und Zinn, 1937

Land	Angebotseite	Einheit		Nachfrageseite	Einheit	
		1000 t	in v. H. der Weltproduktion		1000 t	in v. H. der Weltproduktion bzw. Gesamteinfuhr
Rohgummi						
Ver. Staaten von Amerika	Produktion	—	—	Verbrauch	551,8	47,9
				Einfuhr	610,1	100,0
				davon aus d. brit. Empire	425,7	69,8
				Brit.-Malaya	373,5	61,2
				Ceylon	30,4	5,0
				And. Länd. d. br. Emp.	21,8	3,6
				aus anderen Ländern...	184,4	30,2
Großbritannien	Produktion (Verschiffungen)			Verbrauch	113,9	9,9
	im Mutterland	—	—	Einfuhr	138,1	100,0
	im Empire	606	52,4	davon aus dem Empire .	113,3	82,0
	Brit.-Malaya	477	41,2	Brit.-Malaya	92,9	67,3
	Nordborneo u. Sarawak	40	3,5	Ceylon	10,5	7,6
	Ceylon	72	6,2	And. brit. Länder	9,9	7,2
	Brit.-Indien u. Birma	17	1,5	aus anderen Ländern ...	24,8	18,0
Zinn						
Ver. Staaten von Amerika	Hüttenproduktion	—	—	Verbrauch	88,1	44,2
				Einfuhr	89,7	100,0
				davon aus d. brit. Empire	77,6	86,5
				Brit.-Malaya	67,8	75,6
				Großbritannien	7,3	8,1
				Hongkong	2,1	2,3
				And. brit. Ländern ...	0,4	0,5
				aus anderen Ländern ...	12,1	13,5
Großbritannien	Hüttenproduktion	—	—	Verbrauch	26,4	13,2
	im Mutterland	34,3	17,2	Einfuhr von Zinn	21,8	100,0
	im Empire	99,9	50,0	davon aus dem Empire .	6,3	28,9
	Brit.-Malaya	96,9	48,5	Brit.-Malaya	5,7	26,1
	Australien	3,0	1,5	And. brit. Länder ...	0,6	2,8
				aus anderen Ländern...	15,5	71,1
				Niederlande	8,4	38,5
				Niederl.-Indien	3,8	17,4
				Einfuhr von Zinnerzen und		
				Konzentraten	51,8	100,0
				davon aus dem Empire .	13,3	35,3
				Nigeria	15,1	29,2
				Brit. Malaya	2,2	4,2
				And. brit. Länder	1,0	1,9
				aus anderen Ländern ...	33,5	64,7
				Bolivien	24,1	46,5
				Chile	6,0	11,6

70 v.H. aus Britisch-Malaya und den anderen britischen Besitzungen in Südostasien. Großbritannien dagegen kontrollierte 1937 in seinen asiatischen, afrikanischen und ozeanischen Kolonien reichlich 50 v.H. der Weltproduktion an Gummi, und auch im nächstwichtigen Produktionsbereich, Niederländisch-Indien (das im gleichen Jahr 38 v.H. der Weltproduktion lieferte), spielte britisches Kapital eine nicht unbedeutende Rolle.

Nicht ganz so kraß, aber immerhin noch neid-erregend genug für die an Überfluß gewöhnten Wirtschaftskreise der Vereinigten Staaten, lagen die Dinge bei Zinn. Die Vereinigten Staaten verbrauchten 1937 44 v.H. der Weltproduktion an Zinn (bezogen auf den Metallgehalt). Aber auch hier waren sie ausschließlich auf die Einfuhr und damit in erster Linie auf das britische Zinnmonopol angewiesen. Im Jahre 1937 kontrollierte Großbritannien — das seinerseits ungefähr 13 v.H. der Weltproduktion an Zinn verbrauchte — zwar nur etwa 40 v. H. der Zinnerzgewinnung (dem Metallgehalt nach). Infolge der unzureichenden Verhüttungskapazität in anderen Teilen der Welt (außerhalb des Britischen Reichs gab es nur noch in Belgien und Holland bedeutendere Aufbereitungsstätten) war aber ein großer Teil der fremden Erze, darunter z. B. auch das bolivianische Erz, auf die Schmelzanlagen in den Straits Settlements oder in Großbritannien angewiesen, so daß Großbritannien mehr als zwei Drittel der *Verhüttung* beherrschte und damit in der Weltversorgung mit Zinn praktisch ein Monopol besaß. Den Versuch der Vereinigten Staaten, sich durch den Bau eines großen Zinnschmelzers in Texas City wenigstens in gewissem Umfang von der britischen Erzeugung unabhängig zu machen, hat es daher stets mit scheelen Augen betrachtet. So hat man noch im Dezember vorigen Jahres es abgelehnt, den auf die Zinnerzausfuhr von Britisch-Malaya nach Ländern außerhalb des Empires erhobenen Zoll von 30 Straits-Dollar je picul aufzuheben, und wenn auch bestritten wurde, daß darin eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten liege, so hätte der Zoll natürlich doch der eben im Aufbau begriffenen U. S.-amerikanischen Hüttenindustrie die Möglichkeiten des Rohstoffbezugs beschränkt.

Diese Machtposition auf zwei wichtigen Rohstoffmärkten hat Großbritannien nun mit einem Schlag verloren, und entsprechend schwächer ist

seine Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten geworden. Ja, die Vereinigten Staaten ziehen aus der veränderten Lage Konsequenzen, die Großbritanniens Stellung auf dem Gummi- und Zinnmarkt auch dann entwerten würden, wenn sich Japan nicht ein für allemal im südostasiatischen Gummi- und Zinngebiet festgesetzt hätte. Was die Gummiversorgung anbelangt, so wendet man sich z. B. nun auch in der Union der lange vernachlässigten, ja oft belächelten synthetischen Produktion zu. Gleichzeitig sollen die Versuche, in Südamerika neben der unbedeutenden Wildkautschukgewinnung eine Plantagenproduktion aufzuziehen, wieder aufgenommen werden, und auf die Altgummiverwertung wird wieder verstärkter Nachdruck gelegt. Ähnliche Bestrebungen sind auf dem Gebiet der Zinnversorgung im Gange. Der Zinnschmelzer in Texas-City soll beschleunigt fertiggestellt werden, um wenigstens die bolivianischen Erze in der Union verhütten zu können. In Bolivien selbst soll der Zinnbergbau mit allen Mitteln forciert werden, und im übrigen sucht man Zinn soweit wie möglich durch andere Metalle zu ersetzen, wobei Wege eingeschlagen werden, die man voraussichtlich auch nach der Zeit des Notstandes nicht wieder ganz wird aufgeben müssen.

Das einstige „Gummi- und Zinnmonopol“ Großbritanniens ist also durch die Eroberungen Japans nicht nur politisch gesprengt worden, sondern es wird nunmehr auch wirtschaftlich allmählich untergraben. Daß es damit seinen Wert als Handelsobjekt der britischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten verliert, versteht sich von selbst. Denn je mehr die Vereinigten Staaten von den im Empire liegenden Versorgungsquellen unabhängig werden, und je schwieriger es damit für Großbritannien würde, seine Gummi- und Zinnpositionen, selbst wenn es sie politisch noch beherrschte, monopolistisch auszunutzen, um so geringer wird natürlich auch Amerikas Interesse an einer Teilhaberschaft an den betreffenden Wirtschaftszweigen. Großbritannien wird daher auf anderen Gebieten voraussichtlich verstärkte Konzessionen machen müssen, wenn es neue amerikanische Hilfeleistungen einhandeln will.

So zeigt sich also, daß Großbritannien durch alles, was es in Ostasien einbüßt, auch in seinem stillen Ringen mit den Vereinigten Staaten weiter zurückgeworfen wird.

Anschrift des Herausgebers: Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6; Fernruf: 318071. — Verlag: Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36, Ausgabe; Verlagsleiter: Benno Ziegler. — Versandort: Berlin. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Victor Wrede, Berlin. — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) ab 1.7. 1941 RM 20.— bzw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM 5.— je Vierteljahr; Einzelnummer RM 1.—.

Gedruckt in der Märkischen Druckanstalt W. Hentschel o. H.-G., Berlin N 66.

Diese Nummer umfaßt acht Textseiten und eine Zahlenbeilage

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		16.-21. Dez. 1940	23.-28. Dez. 1940	31. Dez. bis 4. Jan. 1941	6.-11. Jan. 1941	13.-18. Jan. 1941	20.-25. Jan. 1941	27. Jan. bis 1. Febr. 1941	3.-8. Febr. 1941	15.-20. Dez. 1941	22.-27. Dez. 1941	29. Dez. bis 3. Jan. 1942	5.-10. Jan. 1942	12.-17. Jan. 1942	19.-24. Jan. 1942	26.-31. Jan. 1942	2.-7. Febr. 1942
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Geschäftsgang (Indexziffer)																	
Deutschland ¹⁾	1936=100
Großbritannien ²⁾	"
Ver. Staaten von Amerika ³⁾	"
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t
— in Deutsch-Oberschlesien	"
Kokszerzeugung im Ruhrrevier	"
Steinkohle, Großbritannien ⁴⁾	"
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn ..	1 000
Reichsbank																	
Kapitalanlagen	Mill. RM	14065	.	15846	14900	14252	13924	14908	14791	19633	20092	22078	22107	20277	20382	21351	20970
darunter:																	
Wechsel- und Lombardkredite ..	"	13591	.	15457	14509	13865	13540	14532	14414	19276	19727	21687	20712	19863	19961	20912	20530
Deckungsfähige Wertpapiere	"	49	.	32	26	26	35	28	25	75	82	107	113	131	133	151	152
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)	"	1782	.	2561	1934	1910	1832	1726	1818	2414	2731	3649	2586	2432	2479	2417	2507
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. RM
davon Reichsbanknoten	"	13288	.	14033	13575	13147	12865	13694	13491	17936	18199	19325	18887	18186	17906	18987	18676
Postcheckverkehr ⁵⁾	"	2824	2691	2645	3471	3095	2725	3424	2885	3472	3157	3226	3999	3795	2900	4216	3117
Postcheckguthaben (Bestände) ⁶⁾ ..	"	1815	1927	1857	1869	1922	2016	1750	1731	2052	2524	2300	2234	2009	2035	2177	2170
Zinssätze																	
Blankotagesgeld	% p. a.	1,90	1,83	1,95	1,85	1,87	1,63	1,71	1,73	1,94	2,00	2,13	1,90	2,00	1,92	1,83	1,85
Remittente der 4 1/2 % Pfandbriefe ..	"	4,42	4,41	4,40	4,40	4,40	4,40	4,38	4,36	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35
Call money New York	"	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Privatdiskont London	"	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03
Zürich	"	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25
Amsterdam	"
Effektenmarkt																	
Festverz. 4 1/2 % Wertpapiere	v. H.	101,42	101,71	101,93	102,04	102,09	102,14	102,49	102,79	103,13	103,17	103,19	103,22	103,21	103,23	103,24	103,25
Kursniveau, gesamt ⁷⁾	"	101,71	102,08	102,28	102,35	102,39	102,40	102,81	103,22	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50
— Pfandbriefe	"	100,72	100,88	101,15	101,33	101,44	101,58	101,81	101,89	102,63	102,63	102,67	102,77	102,78	102,84	102,93	102,98
— Kommunal-Obligationen	"	100,96	101,01	101,23	101,46	101,49	101,63	101,81	101,87	101,83	102,23	102,32	102,36	102,30	102,35	102,26	102,28
— Öffentliche Anleihen ⁸⁾	"	102,93	102,91	103,29	103,52	103,33	103,32	103,79	103,84	104,53	104,40	104,63	104,80	104,69	104,79	104,83	104,87
5 % Industrie-Obligationen	"	102,14	102,17	102,75	103,05	103,29	103,38	103,35	103,42	104,84	104,80	104,82	105,02	105,04	105,09	105,05	105,01
4 1/2 %	"
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	138,9	139,9	141,3	143,2	144,4	142,9	143,6	144,9	143,8	143,9	149,3	150,4	151,2	152,4	153,0	153,6
— Bergbau und Schwerindustrie	"	144,1	145,4	146,3	147,4	148,2	146,0	148,6	148,0	150,5	150,4	151,6	153,0	153,6	155,2	155,2	155,9
— Verarbeitende Industrie	"	135,8	136,9	138,1	140,0	141,3	139,7	140,0	141,2	148,6	149,6	149,7	150,7	151,7	152,9	153,7	154,5
— Handel und Verkehr	"	139,6	140,4	142,5	145,2	146,5	145,7	147,3	143,8	146,3	148,9	146,8	147,5	148,2	149,2	150,0	150,2
Aktienindex, Großbritannien⁹⁾	1926 = 100	86,7	87,6	87,9	88,2	90,7	89,4	88,8	87,6	100,0	100,8	102,0	103,8	103,4	102,9	102,3	101,3
— Ver. Staaten von Amerika ³⁾	1935/36 = 100
Devisenkurse in Berlin																	
New York	RM je \$	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000
London	RM je £	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90
Paris	RM je 100fr	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Reagible Waren ¹⁰⁾	1913=100	110,9	110,9	111,4	111,4	111,4	111,4	111,4	111,6	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1
Großhandelspreise (gesamt)	"	110,5	110,5	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	111,2	110,9	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1	113,1
Agrarstoffe	"	99,5	99,5	99,6	99,6	99,6	99,6	99,6	99,6	100,0	101,3	101,3	101,3	101,3	101,3	101,3	101,3
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren ..	"	131,3	131,3	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4	132,4
Fertigwaren	"	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3
darunter: Produktionsgüter	"	145,0	145,0	146,8	146,8	146,8	146,8	146,8	147,3	146,9	146,9	146,9	146,9	146,9	146,9	146,9	146,9
Verbrauchsgüter	"
Großhandelsindex																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	1926 = 100	84,9	86,1	85,7
Großbritannien ¹¹⁾	1913 = 100
Großhandelspreise																	
Roggen, märk., frei Berlin	je 100 kg
Binder, Lebendgewicht, Berlin ..	je 50 kg
Rindshäute, süd-am. ¹²⁾ , Hamburg ..	je 1/2 kg
Maschinengußbruch, Düsseldorf ¹³⁾ ..	je t
Rohstoffpreise an den Weltmärkten¹⁴⁾																	
Rohstoffpreise, gesamt ¹⁵⁾	1929=100	63,5	63,6	63,8	64,5	64,5	64,6	65,1	65,1	87,2	87,4	88,3	89,3	90,1	91,0	91,9	91,0
9 Nahrungsmittel ¹⁶⁾	"	55,6	55,6	56,2	57,4	57,7	57,5	57,6	57,7	77,7	77,7	78,2	79,1	79,6	79,7	80,1	80,5
6 landw. erzeugte Rohstoffe ¹⁷⁾	"	70,4	70,5	71,3	71,8	71,4	71,8	72,6	72,6	100,7	101,2	102,9	104,5	107,5	109,2	109,2	106,5
5 industr. erzeugte Rohstoffe ¹⁸⁾	"	68,5	68,6	68,5	68,5	68,7	68,8	68,9	68,9	76,2	76,2	76,2	76,2	77,1	77,3	77,3	77,3
Weizen, Winnipeg	cts. je bush.	73,0	73,3	76,0	77,6	77,5	77,0	76,8	77,7	74,0	74,1	75,9	79,0	79,5	80,0	80,6	80,6
Kaffee, New York, Sant. IV, loko	cents je lb	7,13	7,13	7,13	7,56	7,75	7,88	8,00	8,06	13,13	13,13	13,38	13,38	13,38	13,38	13,38	13,38
Zucker, New York, Zentrifugal,	"	1,92	1,95	1,95	1,97	1,97	1,98	2,02	2,00
erstn. Monat	"
Mais, Buenos Aires, erstn. Monat ..	Pap. Pes. je 100 kg
Reis, Burma, fob Rangoon	s.d. je cwt
Baumwolle, New York, am. middl. ..	cents je lb	10,14	10,20	10,43	10,62	10,54	10,76	10,90	10,88	18,13	18,27	18,79	19,28	19,65	20,22	20,72	19,91
Wolle, Kreuzzug 50', Bradford, loko ..	d je lb
Seide, New York, Jap. 13/14, Dernier ..	cents je lb	248	248	250	251 1/2	250	247	248	251 1/2	24,75	24,37	24,37	24,62	24,87	24,12	24,12	24,12
Kautschuk, New York, sheets, loko ..	"	20,62	20,56	20,50	20,28	19,81	19,19	19,62	19,75
Kupfer, New York, electrolyt, f.a.s. ..	cents je lb	10,38	10,45	10,38	10,38	10,50	10,50	10,50	10,50	11,25	11,25	11,25	11,25	11,75	11,75	11,75	11,75
Blei, New York, loko	"	5,50	5,50														

